



Für den Norden in Berlin



WAHLKREIS 1 DIREKT Nr. 2/2006

Wahlkreiszeitung Flensburg / Schleswig-Flensburg
von Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,**



das vergangene Jahr war geprägt durch große Koalitionen. Sie bieten eine Chance, gemeinsam Probleme zu lösen. Sie verwischen aber auch das politische Profil der beteiligten Parteien. Aufgabe der Abgeordneten

in Bund und Land ist und bleibt es, auch in der Großen Koalition die Lebensbedingungen und Lebenschancen der von ihnen vertretenen Menschen so weit es geht zu verbessern.

Derzeit diskutieren wir im Bundestag konkrete Wege aus der Zwickmühle, die eine Gesellschaft ohne ausreichenden Nachwuchs bedrängt: Wenn wir in der glücklichen Lage sind, dass Rentner und Pensionäre länger leben als früher, wie schaffen wir es, dass sie auch genügend Geld zum Leben haben?

Es gibt drei Möglichkeiten, dieses Problem zu lösen: Erstens, wir heben Beiträge und/oder Steuern an. Zweitens, wir vermindern die Rentenzahlungen. Oder drittens, wir verkürzen die Rentenbezugsdauer, das heißt, wir lassen Menschen länger arbeiten. Die Rentenbeiträge werden erhöht auf 19,9 Prozent, die Steuern werden auch erneut erhöht (Mehrwertsteuer auf 19 Prozent) und die realen Renten sinken durch Zusatzbelastungen und Beiträge in ihrem Nettowert.

Jetzt sollen die, die heute 59 Jahre alt sind, einen Monat länger auf die Rente warten müssen. Diejenigen, die 58 Jahre alt sind, 2 Monate länger – die 57jährigen drei Monate länger usw. ...

Diejenigen, die heute 44 Jahre alt und jünger sind, sollen nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf bis zum 67. Lebensjahr arbeiten müssen, wenn sie keine Rentenkürzungen hinnehmen wollen. Das halte ich für zumutbar, wenn eine gute Chance besteht, dieses Rentenalter einigermaßen gesund zu erreichen. Viele können das. Viele werden trotz des hinausgeschobenen Rentenalters wegen der gestiegenen Lebenserwartung längere Rentenbezugszeiten haben, als heute.

Was aber geschieht mit jenen, die durch schwere körperliche Arbeit auf dem Bau, auf der Straße, in der Fabrik vorzeitig verschlissen sind, sodass sie mit 64 Jahren ihren Beruf nicht oder nur noch mit Schmerzen ausüben können? Wir können die Menschen nicht über einen Kamm scheren und müssen eine Lösung finden, bei der die Belastbarkeit älterer Arbeitnehmer besser berücksichtigt wird und geminderte Erwerbsfähigkeit nicht bestraft wird.

Schwer wird es außerdem sein, das Versprechen einzulösen, für ältere Arbeitnehmer die nötigen Arbeitsplätze zu schaffen – haben wir doch nicht mal für junge Menschen genügend Arbeits- und Ausbildungsplätze. Der Druck tragfähige und gerechte politische Kompromisse zu finden ist groß. Als SPD-Abgeordneter werde ich mich für diejenigen einsetzen, die sich auf unsere Hilfe verlassen müssen.

Ein anderes heikles Thema der Großen Koalition ist die geplante Gesundheitsreform. Es

handelt sich dabei um einen Frontalangriff auf unser Solidarsystem. Wer etwas für bedürftige Kranke tun will, wird im verschärften Kassenwettbewerb in Zukunft von Insolvenz bedroht werden. Die Versicherung, die niedrige Beiträge hat, weil sie nichts für Kranke tun musste, ist dann die verbleibende Alternative – so kann man auch Leistungen abbauen, ohne sich politisch die Finger zu verbrennen: Es sind dann ja die Krankenkassen, die beschimpft werden... Ich mache diesen verlogenen Versuch einer Deregulierung unseres Solidarsystems nicht mit. Das ist hinterhältige Politik auf dem Rücken chronisch Kranker. Ich fordere alle schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordnete auf, ebenfalls zu dieser Reform „Nein“ zu sagen!

Ohne dass meine Fraktion hierzu einen Beschluss gefasst hat, wird von der Regierung großer Druck auf eine baldige Umsetzung im deutschen Bundestag ausgeübt. Noch im Januar 2007 soll das über 500 Seiten umfassende, bewusst unübersichtlich gestaltete Machwerk beschlossen werden. Ich hoffe, dass viele meiner Kolleginnen und Kollegen über Weihnachten in sich gehen und sie diesem Gesetz ihre Zustimmung verweigern.

Meine Gedanken sind auch bei den Menschen, die zur Zeit gequält, verjagt und getötet werden: Ein grausamer langsamer Völkermord findet in Dafur im nördlichen Sudan statt – und die Völkergemeinschaft schaut wieder einmal zu. Mit vielen Kollegen versuche ich, die Afrikaner zu unterstützen, die hier helfen wollen und die, die dieses Morden zulassen unter Druck zu setzen. Mit der Entwicklungsministerin Heide Wiecek-Zeul will ich eine schnelle Lösung finden und eine europäische Unterstützung sichern.

Auch wenn bei uns im Norden über Weihnachten nicht alle Menschen glücklich sein werden und viele persönliche oder finanzielle Sorgen haben, glaube ich, dass Hilfsbereitschaft und Solidarität in unserem Lande vorhanden ist. Alle die politische Verantwortung spüren, sollten versuchen, diese zu pflegen, zu fördern und für sie zu danken, wo sie uns begegnet.

Eine glückliche, ruhige Weihnachtszeit wünscht

Ihr Dr. Wolfgang Wodarg

Themen dieser Ausgabe:

- Editorial
- Den Nichtraucherschutz bundesweit einführen!
- Die Palliativversorgung verbessern
- Eine Förderung, die gut ist für die Umwelt und die sich rechnet!
- Gleich zwei Mehrgenerationenhäuser werden im Wahlkreis gefördert
- Beimischung von Biokraftstoffen zu Benzin und Diesel
- Massenmails, gefälschte Unterschriften und weitere Faxen
- Impressum

Den Nichtraucherschutz bundesweit einführen!

Im Jahre 2004 ratifizierte die Bundesregierung das WHO-Rahmenabkommen zur Tabakkontrolle, um durch die Einführung von Mindeststandards den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu verbessern. Der Bundestag verabschiedete deshalb am 9. November 2006 das Tabakgesetz: Künftig ist das kostenlose Verteilen von Tabakerzeugnissen verboten. Für sie darf auch nicht mehr in den Printmedien, im Hörfunk und im Internet geworben werden. Das Sponsern von grenzüberschreitenden Veranstaltungen wie Fernsehübertragungen oder Formel 1-Rennen ist der Tabakindustrie ebenfalls nicht mehr gestattet. Der Schutz vor Passivrauchen am Arbeitsplatz gehört auch mit zu diesem Maßnahmenpaket.

Für mich als Internisten und Lungenarzt hat der Schutz vor Tabakrauch höchste Priorität, denn die Erkenntnis, dass auch durch das Passivrauchen Erkrankungen ausgelöst werden, wie z.B. Lungenkrebs, Herz-Kreislauf-erkrankungen und weitere, zum Teil chronisch verlaufende Krankheiten, ist unstrittig. Eine Vielzahl von toxikologischer und klinischer Studien weisen dies nach. Deshalb muss es unser erklärtes Ziel sein, den Tabakkonsum weiterhin zu senken: so ließen sich über die Hälfte aller Krebserkrankungen vermeiden!

Auch wenn Tabak keine Droge ist: Rauchen ist der größte gesundheitsschädliche Faktor unserer Zeit. Das Einschränken der Tabakwerbung

eignet sich, um das professionelle Verführen von Jugendlichen zur Sucht einzudämmen. Zusätzlich brauchen wir jedoch eine gesetzliche Regelung zum Schutz der Nichtraucher vor dem Passivrauchen. Ich halte deshalb an der Einführung des bundesweiten Nichtraucherschutzes fest! Das Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Krankenhäusern und Schulen ist flächendeckend notwendig – und lässt sich für Gaststätten über den Arbeitsschutz bundeseinheitlich regeln. Durch ein klares „Nein“ wird ein bürokratischer Mehraufwand, der mit den Kontrollen von Ausnahmeregelungen verbunden wäre, weitgehend vermieden!

Insbesondere die Angestellten in der Gastronomie sind ständig den Giftstoffen des Tabakrauchs ausgesetzt, weil die Bestandteile des Passivrauchs lange in der Luft verweilen und sich an der Decke, den Wänden und an Gegenständen ablagern und von dort aus wieder in die Raumluft gelangen. Das Einrichten von so genannten „Raucher- und Nichtrauchersonen“ ist sinnlos, denn auch in den angeblichen „Nichtrauchersonen“ finden sich trotz Luftfilter alarmierend viele krebserregende und toxische Stoffe, die durch das Rauchen verursacht wurden.

Die von den Hotels und Gaststätten eingeführten Luftfilteranlagen schaffen keine wirkliche Abhilfe: So stellte die American Society of Heating, Refrigerating and Air Conditioning fest, dass auch „Luftfiltertechniken die Gesundheitsrisiken des Passivrauchens nicht beseitigen können“. Deshalb appelliere ich an die Vernunft: Ein Rauchverbot außerhalb der privaten Räume macht Sinn! Jede Verharmlosung des Tabakqualms ist unzulässig. Zigarettenrauch gehört als toxischer Luftschadstoff in die gleiche Giftkategorie wie Arsen oder Benzol – und hat somit weder am Arbeitsplatz noch an Orten, die von Menschen stark frequentiert werden etwas zu suchen!

Auch das Argument der Zigarettenindustrie, die Gaststätten sollten doch selbst entscheiden, ob sie zukünftig „rauchfrei“ sein wollen oder nicht, ist nichts als ein argumentativer Trick: kaum eine Kneipe würde ein Rauchverbot aussprechen – aus Furcht vor Umsatzeinbußen. Nur ein generelles Rauchverbot garantiert somit eine Chancengleichheit im Wettbewerb um den Kunden.

Die Befürchtungen vieler Kneipen, ohne ihre rauchenden Gäste „dicht machen“ zu müssen, sind unhaltbar: So zeigen Studien aus Irland,

Italien und den USA, dass der Umsatz nicht sank. Im Gegenteil: Einige Gaststätten- und Restaurantbesitzer berichten, dass nach dem Rauchverbot mehr los ist als vorher, dass die Renovierungs- und Reinigungskosten sinken – und dass zudem auch mehr verzehrt wird. Ein positives Beispiel bietet in Flensburg das Restaurant „Fischperle“: Dort genießen Kunden ihre Speisen und Getränke in einer angenehmen Atmosphäre – ohne Rauch und Tabakgestank.

Gerade Familien mit Kindern wissen rauchfreie Gaststätten zu schätzen. Sie liegen damit im Trend der deutschen Bevölkerung! Zwei Drittel der Deutschen wünschen sich die rauchfreie Gaststätte, so dass Deutsche Krebsforschungszentrum Heidelberg. Tendenz: steigend.

Auf der homepage www.wodarg.de finden Sie unter der Rubrik „Gesundheit“ weitere Informationen zum Thema Rauchen/Passivrauchen, z.B. den Gruppenantrag zum effektiven Schutz vor Passivrauchen und Informationen zum WHO-Rahmenabkommen.



Die Palliativversorgung verbessern!

Mit dem geplanten „Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs“ wird ein individueller Anspruch auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung gesetzlich zugestanden. Die Versorgung Schwerstkranker soll vor allem in der letzten Lebensphase zu Hause und in stationären Pflegeeinrichtungen verbessert werden. Schwerpunkt des palliativen Ansatzes ist es, Patienten und ihre Familien, die mit einer lebensbedrohlichen Krankheit konfrontiert sind,

medizinisch und pflegerisch zu unterstützen. Bekanntestes Beispiel hierfür ist die Hospizbewegung, die häufig jedoch nur mit dem letzten Lebensabschnitt assoziiert wird. Gute Medizin und Pflege zeigt sich vor allem dann, wenn nicht kurativ – also heilend und ursachenbehebend – eingegriffen werden kann, sondern vorwiegend Linderung und Teilhabe trotz Handicap und Krankheit im Vordergrund stehen.

Zukünftig sollen speziell weitergebildete Teams („Palliative Care-Teams“) aus mehreren Disziplinen rund um die Uhr erreichbar sein und Angehörige, Pflegepersonal und Hausärzte unterstützen. Die großen regionalen Unterschiede in den Versorgungsstrukturen sollen ausgeglichen und eine patientennahe Versorgung in dieser wichtigen Lebenssituation ermöglicht werden.

Die Angst der Menschen vor Übertherapie, Verlängerung der Sterbephase und unzureichender Schmerzversorgung müssen wir ernst nehmen. Wir müssen helfen, die Situation Schwerstkranker und Sterbender zu erleichtern, die Lebensqualität bis zum Schluss zu maximieren und somit auch ein menschenwürdiges Sterben zu ermöglichen.

In meiner Funktion als Berichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werde ich mich im kommenden Jahr mit der Ausarbeitung eines Berichtes zur Situation der Palliativversorgung in Europa befassen. Ziel ist es, durch national vergleichende Studien die Strukturen für eine bedarfsgerechte medizinische und pflegerische Versorgung in ganz Europa zu verbessern. Die Mitgliedstaaten des Europarates werden anhand von Empfehlungen angehalten, die entsprechenden Standards in ihrem Gesundheitssystem zu implementieren. Der Bericht ist die Fortschreibung der im Jahre 1999 verabschiedeten Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, in der gefordert wird, die Würde der Sterbenden zu wahren.

Eine Förderung, die gut ist für die Umwelt und die sich rechnet!

Ab dem ersten Januar 2007 werden die Fördermöglichkeiten für die energetische Gebäudesanierung im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms ausgeweitet: Neben den zinsgünstigen Krediten werden

zusätzlich Zuschüsse bis zu 17,5 Prozent der förderfähigen Investitionskosten durch die KfW Förderbank vergeben. Ziel des Gebäudesanierungsprogramms ist es, den Umbau mittels zinsgünstiger Kredite zu beschleunigen und dadurch die CO₂-Emissionen zu verringern.

Schon jetzt ist erkennbar: Das Programm ist eine Erfolgsstory! Die bereits geltenden Fördermöglichkeiten werden von Eigentümern, Wohnungsunternehmen und Investoren in hohem Maße genutzt: Bis Ende August hatte die KfW Förderbank im Rahmen ihrer gemeinsam mit dem Bundesbauministerium gestarteten Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ Darlehen über mehr als 7,5 Milliarden Euro zugesagt. Aufgrund des enormen Erfolgs wurde das Programm im September noch einmal um 350 Millionen Euro aufgestockt.

Auch die Kommunen können nun eine Förderung beantragen: Für sie bietet die KfW-Förderbank zinsgünstige Kredite über die gesamten Investitionskosten der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Turnhallen, Kindertagesstätten und Vereinsräumen an.

Details zu den Förderbedingungen finden Sie auf der Homepage der KfW-Förderbank www.kfw-foerderbank.de. Die Berater/-innen des Infocenters der KfW Förderbank sind unter der Servicenummer 01801/335577 zum Ortstarif erreichbar.



Gleich zwei Mehrgenerationen- häuser im Wahlkreis finanziell gefördert!

Die Bundesregierung beabsichtigt bis Ende 2010 in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt jeweils ein Mehrgenerationenhaus zu fördern. Dafür stellt der Bund in den kommenden fünf Jahren 88 Millionen Euro zur Verfügung. In meinem Wahlkreis gehören gleich zwei Einrichtungen zu den ersten 50 geförderten Mehrgenerationenhäusern: der Kindergarten Süderlücke der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) in Flensburg sowie das Nachbarschafts- und Kommunikationszentrum „Auf der Freiheit“ in Schleswig.

Mehrgenerationenhäuser sind Häuser oder Zentren, die als gemeinwesenorientierte Anlaufstellen für Jung und Alt fördernde Angebote unter einem Dach bereitstellen. Dabei geht es nicht um gemeinsame Wohnstätten – vielmehr sind es offene Treffpunkte, in denen Generationen ihre Dienste zur gegenseitigen Unterstützung unter die Menschen bringen können. Hierbei werden sie durch erfahrenes Personal unterstützt. Somit kann die Begegnung zwischen Alt und Jung, die Übernahme von Hilfen wie z.B. Einkäufen, Kinderbetreuung und Hausaufgabenhilfe unbürokratisch organisiert werden und das Verständnis zwischen den Generationen sowie das Interesse aneinander gefördert werden.

Mehrgenerationenhäuser sind geprägt vom freiwilligen Engagement und der Hilfe zur Selbsthilfe. Dazu gehört auch ein Netzwerk durch welches Informationen in professioneller Form angeboten werden. Träger der Mehrgenerationenhäuser sind Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Initiativen oder Träger der Jugend- und Altenhilfe. Sie sind somit nicht nur eine zukunftsweisende Antwort auf die demographischen Veränderungen, sondern auch eine positive Maßnahme, um den gesellschaftlichen „Kitt“ und das Wohlbefinden vor Ort zu fördern.

Weitere Informationen über die ersten Häuser, das Programm, Förder- und Bewerbungsmodalitäten finden Sie auf der homepage <http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Familie/mehrgenerationenhaeuser.html> und bei der Serviceagentur des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser unter Antrag@Mehrgenerationenhaeuser.de

oder telefonisch unter 0180 - 3 44 44 55 wenden (mo. bis fr. von 10.00 bis 17.00 Uhr und di. von 10.00 bis 20.00 Uhr).

Beimischung von Biokraftstoffen zu Benzin und Diesel

In 2./3. Lesung wurde am 26. Oktober 2006 im Bundestag die Einführung einer Quote für die Beimischung von Biokraftstoffen zu Benzin und Diesel ab 2007 beschlossen. Ziel des Gesetzentwurfes ist es, den Ausbau der Biokraftstoffe zu fördern. Die Mineralölwirtschaft muss somit ab dem 1. Januar 2007 einen steigenden Mindestanteil von Biokraftstoffen dem Otto- oder Dieselmotorkraftstoff beimischen oder als Reinstoff verkaufen.

Den Biokraftstoffen steht eine große Zukunft bevor: Insbesondere für die Landwirtschaft im Kreis Schleswig-Flensburg bietet sich hier ein Wachstumsmarkt, denn bisher werden mehr als 40% des Biodieselmärktes von Importprodukten beherrscht. Die inländischen Kapazitäten haben sich zwar in den letzten 10 Jahren verzehnfacht, aber die EU sieht eine Steigerung des Biokraftstoff-Anteils am gesamten Kraftstoffverbrauch in Höhe von 5,75 % im Jahre 2010 vor.

Der Primärkraftstoffverbrauch in Deutschland setzte sich im Jahr 2005 zu ca. 51 Prozent aus Diesel- und zu 45 Prozent aus Ottokraftstoff zusammen. Der Anteil biogener Kraftstoffe hat sich von 1,4 Prozent inzwischen auf 3,6 Prozent erhöht; er wird zum Grossteil durch Biodiesel (zu 83,3%) abgedeckt.

Biotreibstoffe können einen erheblichen Beitrag dazu leisten, die vorgegebenen Ziele der CO₂-Einsparung zu erreichen, denn sie haben eine deutlich bessere CO₂-Bilanz als herkömmliche Kraftstoffe. Neueste Verfahren wie die chemische Zersetzung von Biomasse durch extreme Hitze zu Synthesegas und flüssigen Brenn- und Kraftstoffen („Pyrolyse“ genannt) werden durch die Fachhochschule Flensburg erforscht und mit Firmen zusammen weiterentwickelt.

Besonders förderungswürdig sind regional verwurzelte Hersteller, wie die Schleswiger Kartoffelverwertungsgesellschaft (KFG), die

Biomasse fast jeder Form in Öl, Diesel, Äthanol oder Biogas umwandeln und für den Verbrauch erschließen kann. Wir müssen darauf achten, dass solche nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen nicht durch das „Monopoly“ der großen Mineralöl- und Energiekonzerne verdrängt werden!

Massenmails, gefälschte Unterschriften und weitere Faxen

Die Augen rieben sich die Mitarbeiter der Abgeordnetenbüros in den letzten Wochen wegen der Flut von Briefen, die ihre Postkästen erreichte: Zwar ist es üblich, dass Bürger Ihre Anliegen Ihrem Abgeordneten mitteilen, jedoch geschieht dies inzwischen meist per mail und individuell.

Stattdessen wurden die Büros der Abgeordneten jetzt mit mehr oder minder standardisierten Briefen überhäuft, auf die sie schnellstmöglich antworten sollen. Der Spiegel berichtete in seiner Ausgabe vom 30.10.2006 über eine fragwürdige Kampagne der privaten Krankenkassen (PKV): Mitarbeiter wurden unter Druck gesetzt möglichst viele Briefe ihrer Kunden an Abgeordnete zu initiieren. Die PKV-Mitarbeiter legten aber auch selbst Hand an: Briefe wurden geschrieben, Unterschriften gefälscht und Kunden erfunden.

Besonders merkwürdig kam dies einem Abgeordneten vor, der von einem Freund angeschrieben und plötzlich gesiezt wurde. Merkwürdig deshalb, weil die Nachfrage bei seinem Freund ergab, dass der Brief nicht von diesem geschrieben worden war. Angesichts der massiven Unterstützung und der „schützenden Hand“, die die privaten Krankenkassen durch die CDU/CSU und FDP-Fraktion genießen, ist es schon seltsam, dass diese Krankenkassen zusätzlich auf derart unmoralische Methoden zurückgreifen.

Briefe von Betroffenen aus dem Wahlkreis sind willkommen und ich unterstütze meine Bürger bei Ihren Anliegen gerne. Aber Protestschreiben, die als Massenmails in mein Büro geschickt werden und die falsche Tatsachen vortäuschen, beeinträchtigen einen vertrauensvollen Umgang miteinander und die politische Kultur.

Impressum

Dr. Wolfgang Wodarg, Abgeordneter für den Wahlkreis Schleswig-Flensburg (WK 1) im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Email: wolfgang.wodarg@bundestag.de
Homepage: <http://www.wodarg.de>
Tel.: 030-227-73371
Fax: 030-227-76333

Wahlkreisbüro Flensburg
Große Str. 69
24937 Flensburg
Email: wolfgang.wodarg@wk.bundestag.de
Tel.: 0461-97 888 20
Fax: 0461-97 888 65